

Ortsgemeinde Hottenbach



**Bebauungsplan gemäß
§13a BauGB „Vorm Hahn“**

**Textliche Festsetzungen,
Begründung,
Umweltbelange**



Inhaltsverzeichnis

1	STÄDTEBAULICHES ERFORDERNIS ZUR AUFSTELLUNG EINES BEBAUUNGSPLANES GEMÄß §13 A BAUGB	4
2	TEXTLICHE FESTSETZUNGEN	5
2.1	<i>Planungsrechtliche Festsetzungen</i>	5
2.1.1	Art der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB	5
2.1.2	Maß der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB.....	5
2.1.3	Bauweise gemäß §9 Abs.1 Nr.2 BauGB	6
2.1.4	Überbaubare Grundstücksflächen gemäß §9 Abs.1 Nr.2 und 3 BauGB.....	6
2.1.5	Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen gemäß §9 Abs.1 Nr.4 BauGB.....	6
2.1.6	Grünflächen gemäß §9 Abs.1 Nr.15 BauGB	6
2.1.7	Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen Bepflanzungen gemäß §1(a) BauGB i.V.m. §9 Abs.1 Nr.25 a BauGB	6
2.2	<i>Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften.....</i>	7
2.2.1	Dachgestaltung	7
2.2.2	Freiflächen	7
2.3	<i>Hinweise.....</i>	8
2.3.1	Kulturdenkmäler	8
2.3.2	Ökologische Niederschlagswasserbewirtschaftung	8
2.3.3	Geeignete Verwendung der Mutterbodenmassen.....	8
2.3.4	Einfriedungen entlang landwirtschaftlich genutzter Grundstücke.....	9
2.3.5	Ingenieurgeologie	9
2.3.6	Begrünung im Bereich der Versorgungsanlagen und -leitungen.....	9
2.3.7	Brandschutz	10
2.3.8	Brauchwassernutzung	10
2.3.9	Radonbelastung	10
2.3.10	Bergbau/Altbergbau.....	11
2.3.11	Abfallentsorgung	11
3	BEGRÜNDUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN.....	12
3.1	<i>Standortprüfung unter Beachtung übergeordneter Planungen</i>	12
3.1.1	Regionaler Raumordnungsplan	12
3.1.2	Flächennutzungs- und Landschaftsplan	12
3.2	<i>Städtebauliche Begründung des Vorhabens.....</i>	12
3.3	<i>Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes.....</i>	13
3.3.1	Auswirkungen auf soziale und wirtschaftliche Verhältnisse	13



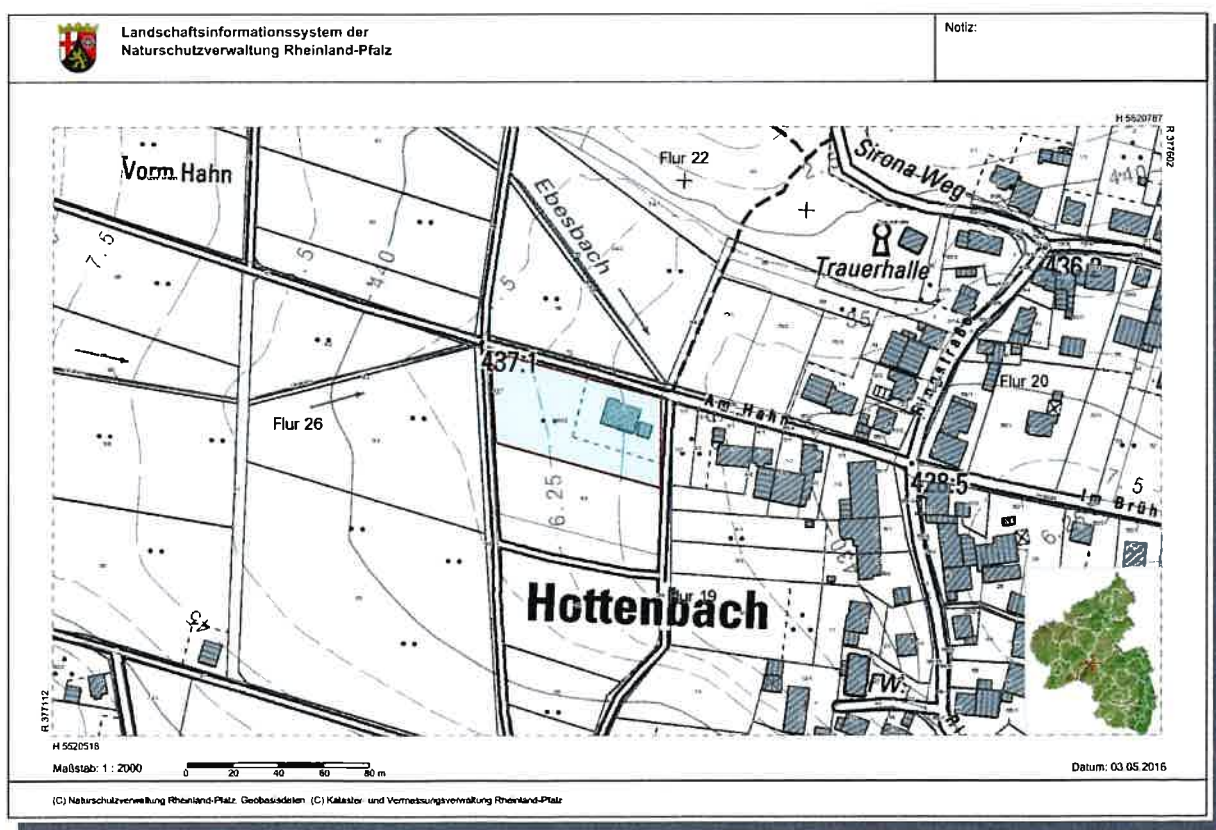
3.3.2	Auswirkungen auf wasserrechtliche Belange	14
3.3.3	Immissionsschutzrechtliche Belange	14
4	UMWELTBELANGE	15
4.1	<i>Umweltbericht gemäß §2a BauGB.....</i>	15
4.2	<i>Schutzgebiete nach BNatSchG.....</i>	16
4.2.1	Naturschutzgebiete (§23 BNatSchG)	16
4.2.2	Landschaftsschutzgebiete (§26 BNatSchG).....	16
4.2.3	Naturparks (§ 27 BNatSchG)	16
4.2.4	Naturdenkmäler (§ 28 BNatSchG)	16
4.2.5	Geschützte Landschaftsbestandteile (§ 29 BNatSchG)	16
4.2.6	Lebensstätten und -gemeinschaften gemäß §30 BNatSchG i.V.m. §15 LNatSchG	18
4.2.7	Schutzgebiete nach Landeswassergesetz	18
4.3	<i>Umweltverträglichkeitsprüfung</i>	18
4.4	<i>Natura 2000 - Vorprüfung.....</i>	18
4.5	<i>Artenschutzfachbeitrag nach BNatSchG</i>	18
5	PFLANZENLISTE	21
6	RECHTSGRUNDLAGEN	22



1 Städtebauliches Erfordernis zur Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß §13 a BauGB

Die Ortsgemeinde Hottenbach plant die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß §13 a BauGB. §13 a BauGB regelt Bebauungspläne der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung. Damit verbunden ist es möglich, auch rückwärtige Bereiche in dörflich geprägten Gebieten durch einen Bebauungsplan der Innenentwicklung erstmalig als Wohnbaugebiet auszuweisen, wenn dort ein substanzieller Bestand an Gebäuden / Nebengebäuden zu finden ist. Die Planungsparzelle wird momentan teilweise durch ein Wohngebäude beansprucht (vgl. Übersichtskarte).

Die städtebauliche Erforderlichkeit begründet sich dadurch, dass freie Grundstücke in der Ortslage nicht verfügbar bzw. im privaten Besitz nicht zum Verkauf stehen. Einem ortsansässigen Bauherrn soll durch die Anwendung des §13 a BauGB die Möglichkeit eines Bauvorhabens eingeräumt werden. Dem raumplanerischen Grundsatz der Eigenentwicklung (G13) soll unter Beachtung einer landschaftsgerechten Ortsgestaltung und der Bewahrung der nachhaltigen Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, Bauplätze für den örtlichen Bedarf bereitzustellen, nachgekommen werden.



Übersichtskarte mit Lage des Grundstücks



2 Textliche Festsetzungen

In Ergänzung zur Planzeichnung werden folgende Festsetzungen getroffen.

2.1 Planungsrechtliche Festsetzungen

2.1.1 Art der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB

Das Baugebiet wird als **Allgemeines Wohngebiet** gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB i.V.m. §4 BauNVO festgesetzt. Die nach §4 BauNVO zulässigen Nutzungen werden wie folgt beschränkt.

Gemäß §4 Abs.2 BauNVO **zulässig** sind:

- Wohngebäude,
- die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.

Gemäß §4 Abs.3 BauNVO **ausnahmsweise zulässig** sind:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes.

Gemäß §1 Abs. 5 und 6 BauNVO **nicht zulässig** sind:

- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen.

2.1.2 Maß der baulichen Nutzung gemäß §9 Abs.1 Nr.1 BauGB

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind auf die Maße wie folgt beschränkt.

Nutzungsschablone	
Baugebietsart	WA
Bauweise	o
Grundflächenzahl	0,4
Geschoßflächenzahl	0,8
Zahl der Vollgeschosse	II



2.1.3 Bauweise gemäß §9 Abs.1 Nr.2 BauGB

Im Baugebiet ist die offene Bauweise gemäß §22 Abs. 2 BauNVO zulässig.

2.1.4 Überbaubare Grundstücksflächen gemäß §9 Abs.1 Nr.2 und 3 BauGB

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplan durch Baugrenzen ausgewiesen.

2.1.5 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen gemäß §9 Abs.1 Nr.4 BauGB

Im Baugebiet sind auch untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen nach §14 BauNVO zulässig, sofern sie dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebietes selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen.

Auf den privaten Grundstücksflächen sind Nebenanlagen im Sinne des §14 BauNVO nach §23 Abs. 5 BauNVO ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Die der Versorgung des Gebietes dienenden Nebenanlagen nach §14 Abs.2 BauNVO (Elektrizität, Gas, Wärme, Wasser sowie zur Ableitung von Abwasser dienende Nebenanlagen) sind als Ausnahme auch dann zulässig, wenn keine besonderen Flächen festgesetzt sind. Dies gilt auch für fernmeldetechnische Anlagen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien, soweit nicht §14 Abs.1 Satz 1 BauNVO Anwendung findet.

Garagen und überdachte Stellplätze sind ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, nicht überdachte Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

2.1.6 Grünflächen gemäß §9 Abs.1 Nr.15 BauGB

Die private Grünfläche wird als landespflegerische Fläche zur dörflichen Gestaltung und Durchgrünung festgesetzt und mit Festsetzungen für Maßnahmen nach §9 Abs.1 Nr. 25 a BauGB überlagert.

2.1.7 Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen Bepflanzungen gemäß §1(a) BauGB i.V.m. §9 Abs.1 Nr.25 a BauGB

Gestaltung der nicht überbauten Grundstücksflächen.

Gestaltung der privaten nicht überbauten Grundstücksflächen als Natur- und Landschaftsgärten. Die Gestaltung der nicht überbauten Grundstücksfläche soll wie folgt vorgenommen werden: Die private Grundstücksfläche ist als Nutzgarten, Naturgarten oder landschaftsgärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Der Vorgarten ist zu begrünen, sofern er nicht als Zufahrt oder Zuwegung benötigt wird. Zur Gestaltung der Grünanlagen im Vorgarten und Gartenbereich sind überwiegend heimische Laubgehölze entsprechend der Artenliste im Anhang zu verwenden.



Entwicklung einer Strauchhecke im Bereich der privaten Grünfläche.

Durchzuführende Maßnahmen

- Pflanzung von standortgerechten und ortstypischen Strauchgehölzen entsprechend der Artenliste. Höherwüchsige Arten sind alternierend anzuordnen.
- Nadelgehölze (Thuja etc.) oder hartlaubige Straucharten (Kirschlorbeer etc.) sind nicht zulässig.
- Pflanzqualitäten und -ausführung: leichte Sträucher, 2xv, 70-90 cm
- Pflanz- und Reihenabstand 1,5 m (pro 1,5 m² / 1 Strauch)
- von der Wegeparzelle ist ein Abstand von min. 1,0 m einzuhalten (Nachbarrechtsgesetz)
- Schutz, dauerhafte Erhaltung und Pflege der Strauchhecke

Pflanzenartenliste

Acer Campestre	Ahorn	Rosa canina	Rose
Amelanchier laevis	Felsenbirne	Rosa glauca	Rose
Cornus alba	Hartriegel	Rosa rubiginosa	Rose
Cornus alternifolia	Hartriegel	Salix aurita	Weide
Corylus avellana	Hasel	Sorbus aria	Mehlbeere
Prunus avium	Vogelkirsche	Sorbus aucuparia	Eberesche
Prunus spinosa	Schlehe	Sorbus torminalis	Elsbeere
		Sambucus nigra	Holunder

7

2.2 Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

2.2.1 Dachgestaltung

Hinsichtlich der Dachgestaltung und Dachneigung werden für Haupt- und Nebengebäude keine Einschränkungen getroffen.

2.2.2 Freiflächen

Gemäß §10 Abs. 4 LBauO Rheinland-Pfalz sollen nicht überbaute Flächen bebauter Grundstücke begrünt werden, soweit sie nicht für eine zulässige Nutzung benötigt werden. Befestigungen, die die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich beschränken, sind nur zulässig, soweit ihre Zweckbestimmung dies erfordert. Zur Befestigung von Zufahrten, Stellplätzen und Hofflächen sind nur versickerungsfähige Materialien (z.B. offenfugiges Pflaster, Rasengittersteine, wassergebundene Decken, Schotterrasen etc.) zulässig.



2.3 Hinweise

2.3.1 Kulturdenkmäler

Funde müssen gemäß §17 DschPflG unverzüglich gemeldet werden.

2.3.2 Ökologische Niederschlagswasserbewirtschaftung

Oberflächenwasserbewirtschaftung

Das anfallende Niederschlagswasser ist grundsätzlich auf dem Grundstück zurückzuhalten, zu verwerten oder zu versickern. Dazu sind primär Oberflächenwasserrückhalteflächen als Rasenflächen und flache Mulden anzulegen, in die das Regenwasser geleitet wird und über die belebte Bodenzone versickern kann. Erforderlichenfalls kann unter der Mulde eine Kiespackung zur Einlagerung des zu versickernden Niederschlagswassers vorgesehen werden. Für die Ableitung sollten die Gräben/Rinnen so ausgebildet sein, dass auch dort Teilwassermengen versickern können.

Zusätzlich zu der Flächenversickerung wird die Sammlung der anfallenden Niederschlagswasser in Zisternen und die Verwendung als Brauchwasser ausdrücklich empfohlen.

Schmutzwasserbeseitigung

Ausschließlich das im Baugebiet anfallende Schmutzwasser ist an die Ortskanalisation mit zentraler Abwasserreinigungsanlage anzuschließen.

Allgemeine Wasserwirtschaft

Oberflächengewässer werden durch die Ausweisung nicht berührt.

Wasserversorgung, Heilquellen-, Wasserschutzgebiete, Altablagerungen

Durch die vorgesehene Bebauung werden Wasserschutzgebiete nicht berührt. Durch die Bauleitplanung sind gemäß Altablagerungskataster des Landes Rheinland-Pfalz Altablagerungen nicht berührt.

2.3.3 Geeignete Verwendung der Mutterbodenmassen

Gemäß §202 BauGB ist "der Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen." Überschüssiges Bodenmaterial ist abzutransportieren und ordnungsgemäß zwischenzulagern. Bei der Lagerung der Mutterbodenmassen sind die Anforderungen der DIN 18915 zu beachten. Nach Beendigung der Arbeiten ist der Boden einer Tiefenlockerung zu unterziehen.

Der Oberboden ist sorgsam zu behandeln. Er darf nicht mit dem Unterboden vermischt werden und ist einer nutzbringenden Wiederverwendung zuzuführen. Bei nicht sofortiger Wiederverwendung ist er fachgerecht in 1,5 m hohen Mieten zwischen zu lagern und mit einer Ansaat zu begrünen.

Anfallende Bodenüberschussmassen sind ordnungsgemäß zu entsorgen. Hierfür ist eine öffentlich-rechtliche Zulassung erforderlich, sofern die Massen nicht auf eine abfallrechtlich zugelassene Deponie verbracht werden. Keinesfalls dürfen Bodenüberschussmassen im 10-



m-Bereich bzw. 40-m-Bereich oder im Überschwemmungsbereich eines Gewässers gelagert oder abgelagert werden.

Grundstückseigentümer sind gemäß §7 BBodSchG verpflichtet, Vorsorge gegen schädliche Bodenveränderungen zu treffen. Schädliche Bodenveränderungen können auch nach §2 LBodSchG Erosionsschäden sein, welche die obere Bodenschicht in ihrer Funktion beeinträchtigen.

Unvermeidbare Verdichtungen des Bodens durch den Baustellenbetrieb sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

2.3.4 Einfriedungen entlang landwirtschaftlich genutzter Grundstücke

Gemäß §42 Nachbarrechtsgesetz für Rheinland-Pfalz müssen Einfriedungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden. Einfriedungen müssen von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden.

Eigentümer und Nutzungsberechtigte eines Grundstückes haben mit Bäumen und Sträuchern von den Nachbargrundstücken - vorbehaltlich des § 48 Nachbarrechtsgesetz - die in §§ 44 und 45 Nachbarrechtsgesetz aufgeführten Abstände einzuhalten.

2.3.5 Ingenieurgeologie

Boden

Bei allen Bodenarbeiten, auch bei Bau- und Unterhaltungs- und ggf. Ausgleichsmaßnahmen, sind die Vorgaben nach §202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 und 19731 sowie die Forderungen des Bodenschutzes (BBodschG und BBodschV) zu beachten.

Hydrogeologie

Ist die Versickerung anfallenden, nicht schädlich verunreinigten Niederschlagswassers geplant, so sollte die Versickerungsmöglichkeit mittels geeigneter Methoden untersucht werden. Die Versickerung soll vorzugsweise über die belebte Bodenzone erfolgen.

Ingenieurgeologie

Die Anforderungen der DIN 1054, DIN 4020 und DIN 4124 an den Baugrund sind zu beachten.

2.3.6 Begrünung im Bereich der Versorgungsanlagen und -leitungen

Bei einer Begrünung im Bereich von Versorgungsanlagen und -leitungen sind die Hinweise des DVGW-Arbeitsblattes GW 125 - Baumanpflanzungen im Bereich von unterirdischen Versorgungsanlagen - zu beachten. Gemäß dem Regelwerk Abwasser - Abfall, Hinweise H 162 sind Kanalleitungen beidseits 2,50 m von Anpflanzungen freizuhalten, ohne dass Schutzmaßnahmen erforderlich werden. Sollte dieser Sicherheitsabstand im Einzelfall unterschritten werden, sind Schutzmaßnahmen erforderlich, um die Gehölzwurzeln von den Versorgungsanlagen fern zu halten.



2.3.7 Brandschutz

Bei Gebäuden, die ganz oder in Teilen mehr als 50 Meter von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt liegen, müssen Zufahrten analog der technischen Baubestimmungen verlangt werden. Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungswege der Feuerwehr führt und bei denen die Oberkante der Brüstung notwendiger Fenster oder sonstiger zum Anleitern bestimmter Stellen mehr als 8 Meter über Geländeniveau liegen, dürfen nur errichtet werden, wenn die erforderlichen Rettungswege von der Feuerwehr vorgehalten werden.

2.3.8 Brauchwassernutzung

Es wird angeregt, das auf Dachflächen auftreffende Niederschlagswasser im Rahmen einer Nachnutzung (z.B. zur Gartenbewässerung) in Zisternen aufzufangen. Dabei sind die hygienischen Auflagen insbesondere u.a. der Trinkwasserverordnung (TrinkwV2001) und des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) zu berücksichtigen.

2.3.9 Radonbelastung

Hinsichtlich der Radonbelastung liegt das Plangebiet innerhalb einer Zone mit erhöhtem bis lokal hohem Radonpotential.

Entsprechend der Informationsbroschüre des Ministeriums für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz, Mainz ist besonders der „Transportweg“ von Radon über das Kellergeschoss sowie die Aufenthaltsdauer entscheidend. Für einen Neubau empfehlen sich auch bei niedrigen Radonkonzentrationen in der Bodenluft die folgenden einfachen vorbeugenden Maßnahmen, die schon jetzt dem Stand der Technik bei Neubauvorhaben entsprechen:

- Die Bodenplatte sollte aus konstruktiv bewehrtem Beton mit einer Mindeststärke von 15 cm bestehen.
- Die Kellerwände sollten mit einer fachgerechten Bauwerksabdichtung nach DIN 18 195-4 gegen angreifende Bodenfeuchte geschützt werden. Das Dichtmaterial sollte radondicht sein und so elastisch, dass es auch kleine entstehende Risse überbrücken kann.
- Durchdringungen der erdberührten Kellerwände durch Leitungen oder Rohre sind sorgfältig und dauerhaft gegen Radon abzudichten. Wenn die Kellerwände außen mit einem nicht bindigem Material wie beispielsweise Kies oder Splitt hinterfüllt werden, kann das Radon schon dort an die Oberfläche treten und dringt nicht in den Keller ein. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Oberfläche dieser Drainage nicht versiegt wird.
- Dem Bauherrn ist zur Information die Broschüre "Experten geben Tipps zum Umgang mit Radon" des Ministeriums für Umwelt und Forsten zur Verfügung zu stellen.
- **Radonprognose** : (Empfehlung des Landesamt für Geologie und Bergbau)
Es wird dringend empfohlen, orientierende Radonmessungen in der Bodenluft vorzunehmen, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß Baumaßnahmen der jeweiligen Situation angepasst werden sollten. Vorliegende Ergebnisse sollten dem Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Mainz, mitgeteilt werden, damit



diese in anonymisierter Form zur Fortschreibung der Radonprognosekarte von Rheinland-Pfalz beitragen.

Studien des Landesamtes für Geologie und Bergbau haben ergeben, dass für Messungen im Gestein/Boden unbedingt Langzeitmessungen (ca. 3-4 Wochen) notwendig sind. Kurzzeitmessungen sind hierbei nicht geeignet, da die Menge des aus dem Boden entweichenden Radons in kurzen Zeiträumen sehr stark schwankt. Dafür sind insbesondere Witterungseinflüsse wie Luftdruck, Windstärke, Niederschläge oder Temperatur verantwortlich. Nur so können aussagefähige Messergebnisse erzielt werden. Es wird deshalb empfohlen, die Messungen in einer Baugebietsfläche an mehreren Stellen, mindestens 6/ha, gleichzeitig durchzuführen. Die Anzahl kann aber in Abhängigkeit von der geologischen Situation auch höher sein.

Die Arbeiten sollten von einem mit diesen Untersuchungen vertrauten Ingenieurbüro ausgeführt und überwacht werden und dabei die folgenden Posten enthalten:

- Begehung der Fläche und Auswahl der Messpunkte nach geologischen Kriterien;
- Radongerechte, ca. 1 m tiefe Bohrungen zur Platzierung der Dosimeter, dabei bodenkundliche Aufnahme des Bohrgutes;
- Fachgerechter Einbau und Bergen der Dosimeter;
- Auswertung der Messergebnisse, der Bodenproben sowie der Wetterdaten zur Ermittlung der Radonkonzentration im Messzeitraum und der mittleren jährlichen Radonverfügbarkeit;
- Kartierung der Ortsdosisleistung;
- Interpretation der Daten und schriftliches Gutachten mit Bauempfehlungen.

Fragen zur Geologie im betroffenen Baugebiet sowie zur Durchführung der Radonmessung in der Bodenluft beantwortet gegebenenfalls das Landesamt für Geologie und Bergbau. Informationen zum Thema Radonschutz von Neubauten und Radonsanierungen können dem „Radon-Handbuch“ des Bundesamts für Strahlenschutz entnommen werden. Für bauliche Maßnahmen zur Radonprävention wenden Sie sich bitte an das Landesamt für Umwelt (Radon@lfu.rlp.de)

11

2.3.10 Bergbau/Altbergbau (Hinweis des Landesamtes für Geologie und Bergbau)

Es ist kein „Altbergbau“ dokumentiert und es erfolgt kein aktueller Bergbau unter Bergaufsicht. Es ist jedoch zu beachten, dass die Unterlagen des LGB nicht lückenlos sind und nicht dokumentierter historischer Bergbau stattgefunden haben kann. Sollte man bei dem geplanten Bauvorhaben auf Indizien von Bergbau stoßen, empfiehlt das LGB spätestens dann die Einbeziehung eines Baugrundberaters bzw. Geotechnikers zu einer objektbezogenen Baugrunduntersuchung.

2.3.11 Abfallentsorgung (Hinweis des Abfallwirtschaftsbetriebes Birkenfeld)

Um die Abfallentsorgung durchführen zu können, müssen die sicherheitstechnischen Anforderungen der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltung an Straßen und Fahrwege, für die Sammlung von Abfällen, grundsätzlich erfüllt sein.

Fahrzeuge dürfen gemäß, BGV C27; BGV D29; BGI 5104; BGR 238-1 grundsätzlich nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen.